



Im Fokus:  
Feministische  
Entwicklungs-  
politik



# Krisenbewältigung in der Praxis

BMZ Newsletter

Liebe Lesende,

wir freuen uns über Ihr Interesse an der **vierten Ausgabe** des Newsletters „Krisenbewältigung in der Praxis“. Er liefert Einblicke, wie wir im BMZ unsere beiden Kriseninstrumente evidenzbasiert steuern – **die strukturbildende Übergangshilfe sowie die Sonderinitiative Geflüchtete/Aufnahmeländer (SIGA) mit der Beschäftigungsoffensive Nahost (BONO)**.

Am 1. März hat die Ministerin Svenja Schulze ihre **Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik** vorgelegt. Bereits seit Ende 2021 setzt sich das BMZ für eine **feministische Entwicklungspolitik** ein, deren Ziel die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben ist – unabhängig von Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit oder anderer Merkmale. Um strukturelle Ungleichheiten und Diskriminierung anzugehen, ist eine intersektionale Sichtweise notwendig, die anerkennt, dass verschiedene Diskriminierungsmerkmale zusammenspielen und sich gegenseitig verstärken können.

Doch was wissen wir eigentlich darüber, wie sich die Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit auf die **Gleichberechtigung der Geschlechter** auswirken? Dieser Frage möchten wir uns in der aktuellen Ausgabe widmen.

*„Wir leben in Zeiten vielfältiger Krisen, die die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern besonders deutlich machen. Die Gründe dafür sind diskriminierende gesellschaftliche Strukturen, Normen und Rollen, die es zu überwinden gilt, wenn wir Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltige Demokratien erreichen wollen. Und genau deshalb brauchen wir eine feministische Entwicklungspolitik, gerade in Krisenzeiten.“*

**Svenja Schulze**  
Ministerin BMZ



© Photothek/Grabowsky

## Was leisten wir mit unseren Kriseninstrumenten in...?

### Tschad: Reproduktive Gesundheit von Müttern stärken



Durchschnittlich bekommt eine Frau im Tschad sechs Kinder, doch die Mütter- und Kindersterblichkeit gehört zu den höchsten weltweit. Die strukturbildende Übergangshilfe trägt über UNICEF dazu bei, die gesundheitlichen Risiken für Mütter und Kinder zu reduzieren. Sie erhalten einen **besseren Zugang zu Gesundheitseinrichtungen** und -unterstützung, auch in abgelegenen Gebieten. Frauen bekommen Informationen zur Familienplanung und Schwangere erhalten medizinische Vor- und Nachsorgeuntersuchungen und ihre Geburten werden professionell betreut. Dafür werden Geburtshelfer\*innen wie Hebammen oder Ärzt\*innen ausgebildet.

Zudem wird die Bevölkerung über **HIV/AIDS aufgeklärt** und bekommt verstärkt die Möglichkeit, sich testen zu lassen. Neugeborene sind oft mit dem Virus infiziert und werden daher vorsorglich geschützt. Zusätzlich wird der Unterernährung von Müttern und ihren Kindern vorgebeugt sowie diese entsprechend behandelt, der **Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen** verbessert und das Hygieneverhalten der Bevölkerung geschult.

→ **Film:** In der Sahelregion stärken WFP und UNICEF gemeinsam die Resilienz von Frauen und Mädchen (5 Min.)



### FEMINISTISCHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Das BMZ wird seine Arbeit in Zukunft konsequent auf Geschlechtergerechtigkeit ausrichten. **Schrittweise bis 2025** werden wir den Anteil der bilateralen Finanzmittel, die einen Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter leisten, von jetzt **circa 60 Prozent auf 93 Prozent** erhöhen.

### GLEICHBERECHTIGUNG DER GESCHLECHTER IN DER KRISENBEWÄLTIGUNG

Um die Gleichberechtigung der Geschlechter (GG) in der Sonderinitiative Geflüchtete/Aufnahmeländer und der strukturbildenden Übergangshilfe zu fördern, müssen alle Projekte Gleichberechtigung als **mindestens ein wichtiges Nebenziel** haben – und über eine sogenannte **GG1-Kennung** verfügen.

Daneben werden die Umsetzungspartner des BMZ ermutigt, zunehmend auch Projekte umzusetzen, in denen die Gleichberechtigung der Geschlechter das **Hauptziel** der Maßnahme ist. Mit einer solchen **GG2-Kennung** ist die Gleichberechtigung entscheidend für die Durchführung des Projekts. In den Portfolien der beiden Kriseninstrumente gibt es bereits mehrere solcher Projekte mit GG2-Kennung.

### Guatemala, Honduras und El Salvador: LGBTQI+-Personen auf der Flucht



2021 verließen rund 125.000 unbegleitete Kinder sowie viele Familien Guatemala, Honduras und El Salvador in Richtung Mexiko oder den USA – trotz geringer Chancen auf eine legale Einreise. Sie flohen vor Gewalt, prekären Lebensumständen und fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Nachdem sie gezwungen wurden, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, sind ihre Bildungs- und Arbeitschancen noch geringer als zuvor. Vor allem Jugendliche, die der lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, inter\* und queeren (LGBTQI+)-Gemeinschaft angehören, erleben auf der Flucht und in ihren Herkunftsgemeinden strukturelle Diskriminierung und geschlechtsbasierte Gewalt. Ein Projekt der GIZ bietet ihnen Bildungs- und Jobchancen sowie psychosoziale Unterstützung an. Bislang wurden in Zusammenarbeit mit lokalen Nichtregierungsorganisationen, staatliche und zivilgesellschaftliche Organisationen aus El Salvador, Honduras, Guatemala, Panama und Costa Rica geschult, um LGBTQI+-Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien psychosozial zu begleiten und zugleich die Bevölkerung zu sensibilisieren.



*„Was die LGBTQI+-Bevölkerung am meisten verlangt, ist Respekt. Damit öffnen sich uns die Türen zu Bildungsmöglichkeiten und eine Weiterentwicklung als Mensch, ohne Stigma.“*

Brenda Rosales, Abteilung Gender & Diversity, Kulturministerium der Republik El Salvador

### Libanon: Psychosoziale Arbeit mit von Rassismus betroffenen Arbeitsmigrant\*innen



Zahlreiche Frauen migrieren in den Libanon, um dort als Hausangestellte Geld zu verdienen. Unter dem vorherrschenden Kafala-System haben sie jedoch keinen arbeitsrechtlichen Schutz und erleben oft Rassismus und sexualisierte Gewalt. Die GIZ leistet einen Beitrag zur **psychischen Gesundheit** betroffener Arbeitsmigrant\*innen durch die Stärkung von Strukturen gegenseitiger Unterstützung. Arbeitsmigrant\*innen mit Schlüsselpositionen in den Gemeinden entwickeln in geschützten Räumen **Kompetenzen** dafür, andere psychosozial zu betreuen, ohne sich selbst zu überlasten. In ihren Gemeinden bieten sie Aktivitäten an, die die Frauen psychosozial stärken – z.B. Theaterworkshops, in denen sie ihre Erfahrungen mit Unterdrückung und Ausgrenzung verarbeiten können.

*„Es hat mir geholfen zu verstehen, dass ich nicht allein bin, indem ich meine Geschichte mit jemandem geteilt habe, was für mich sehr wichtig war.“*

Viany aus Kamerun, die im Libanon arbeitet



### → Länder-Faktenblatt der strukturbildenden Übergangshilfe im Libanon (DE, EN)

### Südsudan: Frauen wappnen sich gegen die Flut



Im Südsudan verursacht der Klimawandel immer häufiger Überflutungen und Dürren. Die schlimmste Flut seit 60 Jahren zerstörte im Herbst 2021 Ernten und die Trinkwasserversorgung. 770.000 Menschen mussten daraufhin fliehen – darunter viele Frauen und Mädchen. Die Welthungerhilfe ermöglicht ihnen den Aufbau neuer Einkommensquellen, um wieder neue Perspektiven zu haben. Die Frauen und Mädchen lernen zum Beispiel, wie sie **Nahrungsmittel** verarbeiten, um sie auf dem Markt verkaufen zu können. In **Spargruppen** lernen sie, eigenverantwortlich mit Geldbeträgen umzugehen, diese effizient zu sparen und anzulegen, um sich so als Gemeinschaft auf zukünftige **extreme Naturereignisse** besser vorzubereiten und deren Folgen abfedern zu können.



### → Länder-Faktenblatt der strukturbildenden Übergangshilfe im Südsudan (DE, EN)

### → Bildeindrücke aus weiteren Ländern in der Fotoausstellung **Von Krisen zu Perspektiven**

## TRANSFORMATION DURCH TEILHABE: DAS GLOBALE AKTIONSNETZWERK FÜR FRAUEN AUF DER FLUCHT

2020 hat das BMZ das **Action Network on Forced Displacement – Women as Agents of Change** ins Leben gerufen. Das Ziel ist, Frauen als Akteurinnen in Fluchtsituationen Sichtbarkeit und Gehör zu verschaffen.

Im September 2022 kamen seine mittlerweile rund 30 Mitglieder in Berlin mit Unterstützer\*innen aus internationaler Politik und Zivilgesellschaft zusammen. Ministerin Schulze trat dabei in den Dialog mit Taban Shores, Genozid-Überlebende und Gründerin der NRO *Lotus Flower* im Nordirak sowie

Anila Noor, Mitgründerin des Netzwerks *Global Independent Refugee Women Leaders* zusammen zur Frage, wie kann **Flüchtlingspolitik zukünftig feministischer** und partizipativer gestaltet werden?

**Ein feministisches Verständnis von Entwicklungspolitik im Zusammenhang von Flucht und Vertreibung erfordert echte Teilhabe und den direkten Austausch mit Frauen als Gestalterinnen des Wandels.** Lokales Wissen und eigene Fluchterfahrung bilden dabei die unverzichtbare Basis für eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit. Menschen auf der Flucht sollten für sich selbst sprechen, ihre Rechte kennen und wahrnehmen können sowie auch Führungsrollen übernehmen.



## WIE ARBEITEN WIR MIT ... UN WOMEN?



UN Women ist ein wichtiger Partner zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung von Frauen und Mädchen in all ihrer Diversität. Im Irak, Jemen, in Libyen und Syrien setzt die GIZ gemeinsam mit UN Women seit 2016 das Projekt „Förderung der Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen im Nahen Osten“ um. Damit werden Frauen stärkere politische Teilhabe und Einflussnahme in Friedens- und Übergangsprozessen ermöglicht. Im Sinne der UN-Sicherheitsresolution 1325 und der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ soll dies zu einem langfristigen Frieden in der Region beitragen.

## Evidenzbasiert steuern – aber wie?



Die Projekte der Kriseninstrumente sollen wirksam zur Gleichberechtigung der Geschlechter und der Verbesserung der Lebensbedingungen vulnerabler Menschen beitragen. Daher unterstützen wir die Generierung von Evidenz und lassen die gewonnenen Erkenntnisse in unsere Projekte und die Politikgestaltung einfließen.

### DEval-Evaluierung: Geschlechtergerechtigkeit nach Gewalt und Konflikten

Die Evaluierung **Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter in Post-Konflikt-Kontexten** des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) bestätigt, dass die Vorgaben des BMZ zur Umsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter grundsätzlich geeignet sind, um dieses Ziel zu erreichen.

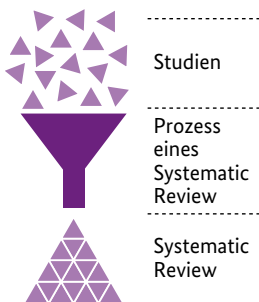
Allerdings bestehen in der Praxis Herausforderungen: die Verfahren werden selten so genutzt, dass **Konflikterfahrungen**, von denen Menschen aufgrund ihres Geschlechts unterschiedlich betroffen sind, systematisch berücksichtigt und einbezogen werden. Nur wenige Vorhaben führen Aktivitäten durch, die gezielt auf die Veränderung von Geschlechterverhältnissen und -rollen ausgerichtet sind. Einige der untersuchten Projekte wirken sich jedoch **indirekt positiv auf Geschlechterrollen und -normen** aus, insbesondere durch **Traumabewältigung** und **Einkommensförderung**. Dieses Potenzial soll für die Entwicklungszusammenarbeit weiter genutzt werden. Auch ist es wichtig, Gleichberechtigung der Geschlechter und Friedensförderung gemeinsam zu denken.

→ **Policy Brief** (4 Seiten)

### Stärkung von Frauen und Gleichberechtigung: Welche Maßnahmen wirken wann am besten?



Welche Maßnahmen **Frauen in fragilen Kontexten** stärken, hat im Auftrag des BMZ die *International Initiative for Impact Evaluation* (3ie) in einem **Systematic Review** zu **Strengthening Women's Empowerment and Gender Equality in Fragile Contexts** untersucht.



Dafür wurden 14 Maßnahmen, die die Gleichberechtigung der Geschlechter verfolgen (gendersensitiv und gendertransformativ), aus über 100 rigorosen Wirkungsevaluierungen analysiert.

→ Ergebnisse in der **3. Ausgabe des Newsletters**

Den Partnern empfiehlt das BMZ folgende Ergebnisse in die Praxis umzusetzen:

1. Die **Evidenzlage** ist je nach Maßnahme unterschiedlich stark. Es gibt keine Maßnahme, die in jeder Situation eine positive Wirkung garantieren kann. Maßnahmen müssen daher in den **Kontext eingebettet** und dessen soziale Normen sowie **Geschlechterrollen** berücksichtigen.
2. **Geld- und Vermögens-/Gütertransfers** sind sehr gut erforscht (starke Evidenzlage), wurden als **besonders wirksam** bewertet und sollten daher häufiger eingesetzt werden. Die **Dorfgemeinschaft** sollte einbezogen werden, um Haushalte für die Teilnahme an **Geld- und Vermögens-/Gütertransfers** zu sensibilisieren.
3. Positive Evidenz gibt es ebenfalls für die Auswirkungen von **Selbsthilfegruppen und dörfliche Spargemeinschaften**. Insbesondere sehr arme Frauen sollten adressiert werden, die von wirtschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Selbsthilfegruppen und Spargemeinschaften sind die einzigen der untersuchten Maßnahmen, die auch **häusliche Gewalt** reduzieren.
4. **Berufliche Bildung (TVET)** wirkt sich vor allem positiv auf das **Selbstbild** der Frauen aus, weniger auf ihren Zugang zu Beschäftigung. Solche Programme sollten nur durchgeführt werden, wenn **vorangegangene Analysen** einen entsprechenden Fachkräftemangel identifiziert haben und gesellschaftliche Barrieren adressiert werden, wie z.B. traditionelle Rollenbilder, die Frauen daran hindern zu arbeiten oder ihnen nur bestimmte Berufe zugänglich machen. Bestimmte Maßnahmen sollten **exklusiv** für Frauen durchgeführt werden, z.B. in männerdominierten, technischen Berufen.
5. Nur wenige Maßnahmen hatten eine Wirkung auf das **Verhalten der Personen und soziale Normen**. Neben Geldtransfers führten die **Ausbildung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kapazitäten** (life, social and livelihood skills and capacity building) dazu, dass **Gewalt an Frauen** weniger akzeptiert wurde. Diese Maßnahmen waren noch wirkungsvoller, wenn sie mit Aktivitäten zur **beruflichen Bildung** verknüpft wurden.
6. Gemeinsame Aktivitäten mit **Männern** können dazu beitragen, dass sie die Rollen und Realitäten von Frauen im Alltag besser verstehen. Diese müssen sensibel und auf den Kontext zugeschnitten ausgestaltet werden, um nicht den gegenteiligen Effekt zu haben. In Schulungen für **Männer und Jungen** können ihnen bspw. die Folgen von männlicher Partnergewalt bewusster gemacht werden und gewaltfreie Konfliktbearbeitung vermittelt werden.

7. Für die **inklusive Entwicklung in der Gemeinde** liegen vielversprechende Ergebnisse vor. Damit Frauen stärker wirtschaftlich, politisch und sozial an Entscheidungen teilhaben können, ist es wichtig, **etablierte Verwaltungsstrukturen einzubeziehen** und die **Zusammenarbeit zwischen Institutionen** zu fördern. Wenn Gemeindeakteure mit den Strukturen vor Ort zusammenarbeiten und z.B. **lokale und religiöse Führungspersönlichkeiten** in die Projektplanung einbinden, können sie Frauen stärker beteiligen.
8. **Sensibilisierungskampagnen** tragen zur Akzeptanz von Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Geschlechter bei. Auch dabei sollten **Männer, sowie traditionelle und religiöse Führungspersönlichkeiten und Institutionen** eingebunden werden. Aktivitäten sollten **über einen längeren Zeitraum** hinweg durchgeführt werden, um die Wirksamkeit zu erhöhen.

- **Brief/Summary** (6 Seiten)
- **Full report** (503 Seiten)
- **Kurzes Erklärvideo** (5 Min.)
- Podcast-Folge: **Enhancing women's economic empowerment through financial services and social protection** (13 Min.)



In Somalia hat die Diakonie Katastrophenhilfe vertriebene Frauen in der Herstellung von Seifen geschult, die sie auf den Märkten verkaufen.

## Wie wird die Inklusion von Flüchtlingen in nationale Systeme vorangebracht?



Während der letzten Jahrzehnte wurden Menschen auf der Flucht in der Regel in humanitär organisierten Camps untergebracht und versorgt. Doch aktuell befindet sich weltweit eine Rekordzahl an Menschen auf der Flucht. Fluchtsituationen sind langanhaltender und werden so auch zu einer Aufgabe für die Entwicklungszusammenarbeit. Statt in parallelen Systemen wie Camps untergebracht zu werden, sollten Menschen auf der Flucht von Beginn an Zugang zu den gleichen nationalen Systemen wie die lokale Bevölkerung haben. Dies ermöglicht längerfristig eine nachhaltigere und kostengünstigere Versorgung und kann zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen Menschen auf der Flucht und aufnehmenden Gemeinden beitragen.

Inwieweit die Sonderinitiative Geflüchtete/Aufnahmeländer (SIGA) zur Inklusion von Menschen auf der Flucht in nationale Systeme (wie z.B. der sozialen Sicherung, Bildung und Gesundheit) beiträgt, untersucht eine vom BMZ beauftragte Analyse. Sie betrachtet Ansätze zu Inklusion auf der politischen, institutionellen und individuellen Ebene. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass **45% aller Projekte** der SIGA explizit die Inklusion von Menschen auf der Flucht in nationale Systeme bereits unterstützen. Der Großteil davon arbeitet mit **Ansätzen auf der institutionellen oder individuellen**, weniger auf der politischen Ebene. Dabei scheint Inklusion in Sektoren wie Bildung und Gesundheit besser zu funktionieren als im Bereich der Beschäftigungsförderung.

Die Analyse identifiziert zudem **verschiedene Einflussfaktoren**, die zeigen, wie erfolgreich Inklusion sein kann. Beispielsweise haben gesetzliche Rahmenbedingungen und der politische Wille der Aufnahmeländer einen erheblichen Einfluss auf das Gelingen von Inklusion. Und während auf institutioneller Ebene das Bewusstsein von Akteur\*innen in Schlüsselrollen entscheidend ist, spielen auf individueller Ebene beispielsweise geschlechterspezifische Normen eine große Rolle.

## Evidenzbasierte psychosoziale Unterstützung für Kinder und Familien



**Kinder, die weltweit von den Folgen von Flucht, Gewalt, oder Bildungsausfällen betroffen sind, haben oftmals nur wenig Zugang zu einer angemessenen psychosozialen Versorgung.** Doch gerade sie benötigen dringend diese Form der Unterstützung. Zudem gibt es bislang nur sehr wenige psychosoziale Unterstützungsformen für Kinder, die die **gesamte Familie** miteinbeziehen.

Im Auftrag des BMZ konzipierte die NRO WarChild in Kooperation mit dem Collateral Repair Project in Jordanien eine familienbasierte psychosoziale Maßnahme für Eltern – gemeinsam mit ihren Kindern im Alter von 10 bis 17 Jahren – und erforschte deren Wirksamkeit. Besonders dabei war, dass die Intervention gemeinsam mit Familien aus Ost-Amman entwickelt wurde. Eine Vorgehensweise, bei der die ganze Familie an Kommunikation, Problem- und Konfliktlösungen sowie ihrer Familienidentität arbeitet. Die Studie zeigt, dass der Einbezug der Eltern nicht nur das Wohlbefinden der Kinder stärkt, sondern auch die gesamte Familie davon profitiert.

*„Ich war sehr schüchtern, aber seitdem ich an dem Programm teilnehme, bin ich offener geworden und kann meine Ansichten und Gedanken mit meiner Familie teilen.“*

Eman, Teilnehmerin im WarChild Projekt in Jordanien



## Der Zusammenhang zwischen der Unterdrückung von Frauen und der Fragilität von Staaten



In ihrer Studie **The First Political Order: How Sex Shapes Governance and National Security Worldwide** zeigen Hudson, Brown und Nielsen 2020 auf

Basis empirischer Daten, dass statistisch gesehen ein Zusammenhang zwischen der **Unterdrückung von Frauen in Haushalten** und **nachteiligen Entwicklungen für die gesamte Gesellschaft** besteht: Stark patriarchalisch geprägte Länder, in denen Frauen weniger Rechte haben und häufiger häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, sind insgesamt instabiler und stärker von Gewalt betroffen. Diese Staaten sind oftmals, fragiler, autoritärer, korrupter und ärmer.

Den Autorinnen zufolge sollte die **Stärkung der häuslichen Gleichberechtigung** im nationalen Sicherheits- und Entwicklungsinteresse von Staaten liegen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Studie **keine Aussagen über kausale Zusammenhänge** macht und in der Schlussfolgerung die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht zu weniger Fragilität führt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Studie sich nicht mit der kolonialen Vergangenheit auseinandersetzt und die Intersektionalität von Diskriminierungen nicht thematisiert.

→ Auch der **Social Institutions & Gender Index (SIGI)** der OECD untersucht zentrale **Faktoren der Diskriminierung** von Frauen auf häuslicher und nationaler Ebene. Dafür werden Gesetze sowie soziale Normen und Praktiken einbezogen.

## Weitere Daten zur Lage von Frauen und Mädchen in fragilen Kontexten finden Sie hier:

→ **Women, Peace and Security Index** des Georgetown Institute for Women, Peace and Security (GIWPS)

→ **The WomanStats Project** untersucht die Zusammenhänge zwischen der Situation und der Sicherheit von Frauen sowie der Sicherheit, Stabilität und dem Verhalten von Staaten.

Herausgeber Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
Unterabteilung 50 Flucht und Migration;  
Krisenprävention und -bewältigung

Stand 03/2023

Kontakt RL502@bmz.bund.de; RL501@bmz.bund.de;  
bmz.de

Postanschrift der BMZ Dienstsitze BMZ Berlin  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin  
T +49 (0)30 18 535-0  
BMZ Bonn  
Dahlmannstraße 4  
53113 Bonn  
T +49 (0)228 99 535-0

Redaktion Deutsche Gesellschaft für  
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft  
Bonn und Eschborn

www.giz.de

Fotos Titelbild © UNDP Libanon

Layout www.schumacher-design.de, Darmstadt